

Grosses, gourmandes et allemande

22 grosses bagnoles des trois marques allemandes les plus en vue lorsqu'il s'agit d'acheter durable, mais pas nécessairement écologique: comme le montre une réponse du ministre de l'environnement à deux questions parlementaires, les voitures de service des ministres émettent en moyenne 267 grammes de CO₂ par kilomètre parcouru. C'est d'autant plus impressionnant que la moyenne d'âge n'est que de trois ans et deux mois pour les voitures utilisées régulièrement. Comme le co-voiturage semble difficile à réaliser à cause des obligations professionnelles très diverses de nos ministres, il serait temps de revoir à la fois le calibre et le mode de propulsion du parc automobile gouvernemental. C'est ce que promet le ministre de l'environnement: à l'avenir les membres du gouvernement opteront pour des modèles plus économes, voir pour des véhicules hybrides. Entre-temps Lucien Lux fait optimiser sa voiture de service de manière à pouvoir rouler au gaz naturel - et ceci à ses propres frais. Un coup dur pour l'industrie automobile d'outre-moselle qui ne propose pas, à l'heure actuelle, des modèles hybrides. Ou bien verra-t-on dorénavant nos ministres se balader en smart?

Mobilité culturelle réduite

Que l'organisation pratique des événements organisés sous l'égide de l'année culturelle 2007 n'est pas toujours parfaite, n'est pas une nouveauté en soi. Mais qu'en est-il de l'accès des personnes à mobilité réduite aux manifestations culturelles? Suite à de nombreuses plaintes concernant la non-accessibilité aux chaises roulantes à certaines manifestations culturelles - notamment la fête d'ouverture - la députée du CSV Marie-Josée Frank a voulu en savoir plus par voie de question parlementaire. Dans sa réponse, la Secrétaire d'Etat à la culture, Octavie Modert, s'efforce à blanchir le cerf bleu de tout soupçon de discrimination. Ainsi, une charte d'accessibilité aurait bien été rédigée par le comité organisateur de l'année culturelle, mais elle ne vaudrait que pour les manifestations organisées par le comité 2007. Pour les autres organisateurs, la charte n'aurait que valeur de recommandation. De plus, les problèmes apparus lors de la fête d'ouverture seraient à mettre sur le compte de la ville de Luxembourg. La boutique officielle pourra d'ailleurs bientôt accueillir des personnes en fauteuil roulant, grâce à un accord trouvé avec les CFL. Afin de prévenir des plaintes à venir, Modert annonce aussi une mise à jour du site internet de l'année culturelle: à partir de début avril les lieux accessibles aux personnes handicapées seront indiqués au public.

Glas im Gras

In einer Pressemitteilung des Gesundheitsministeriums werden Marihuana-KonsumentInnen davor gewarnt, dass sich in ihrem "Stoff" auch unerwünschte Substanzen befinden könnten. So wurden in Frankreich sowie in Belgien mehrere Marihuana-Proben positiv auf klein gemahlene Glassplitter getestet. Sollte nach dem Genuss der Droge ein Brennen in Mund und Hals, Atemprobleme oder sogar Blutauswurf festgestellt werden, sollten sich die Betroffenen sofort in ärztliche Behandlung begeben. Die Gründe für diese ungewöhnliche Zutat sind rein wirtschaftlicher Natur: Die Splitter machen das verkaufte Rauschmittel schwerer und verursachen nebenbei das typische Glänzen qualitativ hochwertigen Stoffes. Das Perfide daran ist, dass sich die Splitter mit bloßem Auge nicht erkennen lassen. Einzige Anhaltspunkte sind eine ungewohnt körnige Konsistenz der Droge, sowie ein Knirschgeräusch beim Zerdrücken der Cannabisblüten. Derartige "Strecken" von Drogen ist nicht selten: Zumal harten Drogen werden oft noch gefährlichere Substanzen - zum Beispiel Batteriesäure - beigemischt. Viele Todesfälle gehen eher auf diese Ursachen zurück als auf eine Überdosis im herkömmlichen Sinn. Angesichts der pragmatischen Unmöglichkeit den Drogenhandel ganz zu unterbinden, sollte der Staat - dessen Aufgabe es ist, den Bürger zu beschützen - über eine weitgehende Legalisierung weicher Drogen und eine kontrollierte Abgabe harter Stoffe nachdenken, um wenigstens diese Risiken zu unterbinden.

STRAFVOLLZUG

Resozialisierung statt Sicherheitshysterie



Alles im Blick - doch das Wesentliche übersehen? (Foto: woxx)

Luc Frieden steht mit seiner restriktiven Sicherheitspolitik im Kreuzfeuer der Kritik. Dagegen fordern Déi Gréng eine grundlegende Reform des Strafvollzuges in Luxemburg.

"Warum das Thema Strafvollzug? Wir wollen, dass das Strohfeuer, das anlässlich eines Ausbruchs eines Schwerverbrechers im Februar entbrannt ist, nicht ausgeht, sondern zur konstruktiven Diskussion über die Mängel im Luxemburger Strafvollzug genutzt wird", so François Bausch von Déi Gréng. So habe sich die Diskussionen zum Strafvollzug in den letzten Jahren wesentlich auf Sicherheitsaspekte beschränkt, etwa über neu installierte Störsender, da Gefangene in der Vergangenheit Mobiltelefone zur Vorbereitung eines Ausbruchversuches benutzt hätten.

Déi Gréng sind mit den jüngsten Vorschlägen von Justizminister Luc Frieden nicht einverstanden, der aufgrund eines erneuten Ausbruchs weitere Sicherungsmaßnahmen fordert. "Man sollte unter dem Eindruck eines Fluchtversuches nicht in eine Sicherheitshysterie verfallen, die glaubt, dass alle Antworten im Luxemburger Strafvollzug auf dem Gebiet der Verschärfung der Sicherheitsinstrumente liegen", sagt der grüne Abgeordnete Felix Braz. "Wir wollen nicht in diese Logik einsteigen und befürworten einen liberalen Strafvollzug, der auch daran denkt, dass die Leute, trotz begangener Fehler und entsprechender Strafe, irgendwann entlassen werden."

Das Schrässiger Gefängnis habe seit 1984 sieben Fluchtversuche zu vermeiden gehabt, die letztlich von der Polizei vereitelt werden konnten. Im Durchschnitt fände also innerhalb von drei bis vier Jahren ein Fluchtversuch statt, dagegen verließen jährlich 1.300-1.500 Leute legal das Gefängnis. "Wobei festzustellen ist, dass derjenige, der innerhalb von vier Jahren einmal illegal entkommt, für mehr Diskussionen sorgt, als die 5.000 bis 6.000 Gefangenen, die innerhalb dieses Zeitraumes das Gefängnis legal verlassen", so Felix Braz. Dabei müsse man sich die Frage stellen, ob diese Leute tatsächlich auf ein Leben in der Freiheit vorbereitet sind. "Wie sieht die Nachbetreu-

ung aus? Und vor allem: Ist sie lange genug, um sicherzustellen, dass ehemalige Straftäter nicht rückfällig werden", fragt Braz. Das seien Fragen, über die in Luxemburg in letzter Zeit zu wenig geredet werde. "Deshalb ist die Situation dramatisch - nicht weil jedes vierte Jahr jemand entkommt, sondern weil es keine angemessenen Strukturen für Gefangene und deren Wärter gibt", so Braz.

Akuter Platzmangel

Wegen des Platzmangels werde schon seit Jahren keine verantwortungsbewusste Politik mehr im Gefängnis betrieben. Fakt sei, dass das CPL-Schrassig ursprünglich für rund 590 Gefangene gebaut wurde, sich mittlerweile jedoch bis zu 700 Straftäter dort aufhielten, was sich auf die gesamten Infrastrukturen wie Besuchsräume oder Sportmöglichkeiten negativ auswirke. Auch sei es dramatisch, dass in Schrassig sämtliche Häftlingsgruppen vermischt seien: männliche Verurteilte lebten mit Untersuchungshäftlingen, Jugendlichen und weiblichen Häftlingen unter einem Dach. "Es scheitert an den Räumlichkeiten - weder quantitativ noch qualitativ kann so eine angemessene Betreuung garantiert werden", sagt Braz. Aus diesen Missständen resultieren dann auch gehäufte Verzweiflungstaten, wie etwa Selbstmorde oder Selbstverstümmelungsakte, wobei Betroffene nicht nur ihr eigenes Leben in Gefahr bringen, sondern auch das von anderen.

Auch das Personal im Strafvollzug habe große Einschränkungen hinnehmen müssen, da eine Reihe der Räumlichkeiten, die in der Vergangenheit als Ruheräume genutzt wurden, aufgrund von Platzmangel abgetreten werden mussten. "Der Beruf des Wärters ist ein harter Beruf, der psychologisch sehr schwer über Jahre hinweg zu praktizieren ist." Deshalb sei es wichtig, den Wärtern die Möglichkeit eines Turnus einzuräumen, damit diese in andere Gebäude, Verwaltungen oder Tätigkeitsfelder wechseln können. Das Aufbrechen alter Gewohnheiten trüge zu einem besseren Betreuungslevel bei. Ein großes Manko sei auch die fehlende Weiterbildung.

Kontrolle statt Resozialisierung

In den 70er Jahren wurde dank der Initiative von Staatsminister Krieps und Staatsanwalt Spielmann der liberale Strafvollzug eingeführt. "Man hat sich damals bewusst für ein 'prison à sécurité moyenne' entschieden und auf einen Hochsicherheitstrakt verzichtet", so Braz. Jedoch werde in den Diskussionen der vergangenen Jahre wieder verstärkt nach einem solchen Trakt verlangt. Dabei werde nach Ansicht von Déi Gréng der Bevölkerung eine hundertprozentige Sicherheit suggeriert. In Wahrheit jedoch könnten auch hier Gefangene alle Sicherheitsvorkehrungen

umgehen - mit dem Unterschied, dass eine massivere Gewaltanwendung gegen Mitgefangene oder das Wärterpersonal notwendig sei.

Zudem könne man in den "prisons à sécurité moyenne" ein besseres soziales Klima schaffen. In einem Hochsicherheitstrakt würden die Gefangenen permanent kontrolliert, was sich langfristig negativ auf Gefangene und Wärter auswirkt. In dieser Situation würden auch alle Anstrengungen für die Resozialisierung der Gefangenen praktisch unmöglich. Dagegen könne man in einem liberaleren System eine Atmosphäre schaffen, die die Gefangenen glauben lässt, dass die Gesellschaft - vertreten durch die Gefängnisverwaltung - den Betroffenen wirklich eine zweite Chance einräumen will.

Auch andere Ministerien gefordert

Ziel sei deshalb, ein weiteres Gefängnis in Luxemburg zu errichten, das es auch ermögliche, die einzelnen Personengruppen zu trennen: Untersuchungshäftlinge sollen fortan in die neu zu errichtende "maison d'arrêt", verurteilte Erwachsene nach Schrassig und straffällige Minderjährige nach Dreibern kommen. "Hier ist auch das Familienministerium gefordert, um für verhaltensgestörte Jugendliche, die nicht nach Dreibern gehören, neue Strukturen zu schaffen", so Braz.

Insgesamt sei das Gefängnis nicht die alleinige Angelegenheit des Justizministeriums. Somit sei das Gesundheitsministerium im Drogenbereich gefragt, das Erziehungs- und Arbeitsministerium im Bereich der Arbeitsbedingungen des Personals, "Sécurité Sociale" in punkto Einkommen von entlassenen Gefangenen.

Tragisch sei, dass es bisher keine Statistiken gebe, die zeigen, wie effektiv das Gefängnisssystem in punkto Resozialisierung oder Berufseinstieg funktioniert. "Ohne statistisches Material liegt auch kein analytisches Material vor, das es erlauben würde, Maßnahmen zu optimieren" so Braz. Nebst der Weiterbildung des Personals müsse auch den Gefangenen eine breitgefächerte Berufsausbildung ermöglicht werden, um die Anstellungschancen zu verbessern. "Es reicht nicht, ehemalige Straftäter einfach zu vermitteln", so Déi Gréng. Denn Arbeitgeber, die ehemalige Straftäter einstellen, sind keine Sozialarbeiter. In Freiheit fänden sich jene ehemaligen Häftlinge am besten zurecht, die im Gefängnis eine Berufsausbildung durchlaufen haben und die in der Freiheit über zwei oder drei Jahre begleitet werden.

Christiane Walerich